

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation

Stand: 09. Oktober 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Management Summary	4
2. Ausgangssituation und Zielsetzung der Abschlussdokumentation	8
3. Zielsetzung der E-Government-Initiative	9
4. Vorgehensweise bei der Durchführung der Initiative.....	12
5. Umsetzung der Initiative	13
6. Erkenntnisse und Erfahrungen	18
7. Anhang: Die Kooperationen im Detail	23

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Übersicht der Kooperationspartner der E-Government-Initiative	7
Abbildung 2: Ziele der E-Government-Initiative.....	9
Abbildung 3: Zeitliche Umsetzung der E-Government-Initiative.....	12
Abbildung 4: Kooperationspartner nach Verwaltungsebene	13
Abbildung 5: Die E-Government-Initiative auf www.personalausweisportal.de	16

1. Management Summary

Das Bundesministerium des Innern hatte sich mit der E-Government-Initiative für De-Mail und den Personalausweis das Ziel gesetzt, Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen bei der Identifikation, Konzeption und Umsetzung von Verwaltungsdiensten unter Einsatz der Online-Ausweisfunktion und De-Mail zu unterstützen. Nach dem „Einer-für-Alle“-Prinzip konnten Behörden, die eine Umsetzung von eID- und De-Mail-Einführungsprojekten mit hohem Mehrwert und Nachnutzungspotenzial planten, von bedarfsgerechten Beratungsleistungen profitieren. Dafür verpflichteten sich die Behörden ihre Ergebnisse zu dokumentieren und anderen Behörden in Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung zu stellen.

In Ergänzung zu den konkreten Unterstützungsleistungen für einzelne Behörden wurden durch die E-Government-Initiative häufige Fragestellungen aus der Umsetzungspraxis aufgenommen und ausgewertet, um in der Folge die identifizierten rechtlichen, technischen und organisatorischen Hürden abzubauen. Beispielsweise wurden rechtliche Hürden im Rahmen der Umsetzung einer landesweiten zentralen eID-Infrastruktur für sämtliche Landes- und Kommunalbehörden erkannt. Für die in diesen Fällen benötigten, landesweit gültigen Berechtigungszertifikate konnten in enger Abstimmung mit der Vergabestelle für Berechtigungszertifikate im Bundesverwaltungsamt jeweils landesspezifische Lösungen gefunden werden. Eine technische Hürde zeigte sich bei der Nutzung der Client-Software für die Online-Ausweisfunktion. Mit der Bereitstellung eines verbesserten Clients soll auch diese Hürde in Kürze beseitigt werden. Organisatorische Hürden fanden sich im Bereich der Prozessgestaltung zum konkreten Einsatz der eID und/oder De-Mail. Mit Unterstützung der Initiative bei der Erstellung von Fachkonzepten, die sich insbesondere mit der Prozessgestaltung in den Behörden des Bundes, der Länder und von Kommunen befassten, wurde auch dieser Herausforderung Rechnung getragen.

Insgesamt wurden 52 Behörden bei der Umsetzung von 40 eID- und 30 De-Mail-Vorhaben unterstützt:

Die Ergebnisdokumentationen sind auf www.personalausweisportal.de bzw. www.de-mail.de veröffentlicht. Die hohe Qualität der Ergebnisse belegt das große Interesse. Hierzu gehört insbesondere das starke persönliche Engagement, mit dem die Konzeption und Umsetzung der einzelnen Anwendungen in den unterstützten Behörden vorangetrieben wurde. Eine Übersicht über die teilnehmenden Behörden und die dokumentierten Ergebnisse befindet sich im Anhang.

Die Unterstützungsleistungen sowie der von der Initiative mittels zahlreicher Veranstaltungen und weiterer Kommunikationsmaßnahmen geförderte Erfahrungs- und Informationsaustausch wurden von den Teilnehmern äußerst positiv beurteilt. Insbesondere die gemeinsamen Auftritte auf der CeBIT 2013 und 2014 sowie die mit der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. (VITAKO) durchgeführten Regionalkonferenzen, auf denen konkrete Umsetzungsbeispiele von Anwendungen mit der Online-Ausweisfunktion und De-Mail in den Regionen vorgestellt wurden, fanden viel Beachtung.



Kooperationspartner der E-Government-Initiative, hier mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf der CeBIT 2014, präsentierten ihre Projekte auf dem Messestand der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik.

Quelle: BMI

Neben den Veranstaltungen und Regionalkonferenzen wurden im Rahmen der Initiative u.a. neue Informationsmaterialien für die Personalausweisbehörden zur Verfügung gestellt, die den Behörden die Beratung der Bürgerinnen und Bürger über die neuen Möglichkeiten der Online-Ausweisfunktion erleichtern sollen. Darüber hinaus wurde www.personalausweisportal.de 2012 vollständig überarbeitet und zielgruppenspezifisch strukturiert. Auf dem Portal werden seither alle Anwendungsmöglichkeiten für die Online-Ausweisfunktion veröffentlicht, sodass die Bürgerinnen und Bürger sich jederzeit einen Überblick über die wachsende Anzahl an Diensten von Behörden und Unternehmen verschaffen können.

Die E-Government-Initiative hat ihre Ziele erreicht:

- Der Bekanntheitsgrad von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in der Verwaltung wurde deutlich erhöht.
- Die Akzeptanz von De-Mail und der eID-Funktion wurden durch zielgruppenspezifische Kommunikationsmaßnahmen in Verbindung mit der Darstellung von Mehrwerten befördert.
- Der Nutzen der beiden Sicherheitsinfrastrukturen wurde durch viele beispielhafte Integrationen in unterschiedlichste Verwaltungsverfahren verdeutlicht.
- Die Schaffung zentraler eID- und De-Mail-Infrastrukturen in den Ländern haben den Einsatz der Online-Ausweisfunktion und De-Mail in der Kommunalverwaltung erleichtert und dabei die Investitionskosten für die Kommunen deutlich reduziert.
- Die Entwicklung von Anwendungen ist auch in neuen Anwendungsgebieten außerhalb von klassischen Verwaltungsverfahren möglich, so z. B. in einer Förderbank oder für den sicheren Zugang zu einem Beschäftigtenportal einer Behörde von einem Heimarbeitsplatz.
- Behörden von Bund, Ländern und Kommunen wurden bei der Einführung von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion bei der Beantwortung von rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen unterstützt.
- Es wurde Erfahrungswissen und Dokumentation zur Nachnutzung, insbesondere in gängigen Verwaltungsdienstleistungen, bereitgestellt.

Auch den wachsenden Anforderungen der Wirtschaft an eine Vorreiterrolle der Verwaltung bei der Entwicklung und Bereitstellung von eID- und De-Mail-Anwendungen wurde die Initiative gerecht, indem sie z.B. wirtschaftsnahe öffentlich-rechtliche Institutionen wie eine Förderbank oder Krankenkassen unterstützte.

Die dauerhafte Unterstützung durch IT-Planungsrat und kommunale Spitzenverbände ermöglichte der Initiative die Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartnern und Multiplikatoren zur Identifizierung neuer und innovativer Anwendungen. Zudem führte die Gremienarbeit dazu, dass die Ergebnisse der Initiative Beachtung und Anwendung in neuen Verwaltungsprozessen fanden.

Durch das am 1. August 2013 in Kraft getretene E-Government-Gesetz des Bundes haben sich De-Mail und die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises als Instrumente für ein sicheres und medienbruchfreies E-Government-Angebot in Bund, Ländern und Kommunen etabliert. Die Weiterentwicklung und Verbreitung dieser Sicherheitsinfrastrukturen sind auch in Zukunft weiter zu begleiten. Dies belegen auch die im Rahmen der Digitalen Agenda der Bundesregierung geplanten Maßnahmen.

Die E-Government-Initiative hat einen großen Teil dazu beigetragen, das Potenzial dieser Instrumente bekannt zu machen und den Behörden eine Vielzahl von Informationen, Dokumentationen und Musteranwendungen zur Verfügung gestellt. Das dokumentierte Erfahrungswissen, das zwecks Nachnutzung veröffentlicht wurde, sowie die zahlreichen Entwicklungen, die mittlerweile in den Live-Betrieb gegangen sind, sind eine gute Basis, auf den Behörden in Zukunft ihre Integrationsprojekte aufbauen können.

Bund	Land	Kreis	Kommunen
 <ol style="list-style-type: none"> Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Zusammenarbeit mit dem Kraftfahrtbundesamt BARMER GEK Krankenkasse 	 <ol style="list-style-type: none"> 9./10. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg 11. Justizministerium Baden-Württemberg 12. Investitionsbank Berlin 13. Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin 14. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin 15. Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 	 <ol style="list-style-type: none"> 31. Landkreis Ostallgäu 32. Landkreis Weilheim-Schongau 33. Rhein-Neckar-Kreis 	 <ol style="list-style-type: none"> 39. Stadt Münster 40. Landeshauptstadt Stuttgart 41. Stadt Düren 42. Landeshauptstadt Düsseldorf 43. Landeshauptstadt München
 <ol style="list-style-type: none"> 4. Deutscher Bundestag 	 <ol style="list-style-type: none"> 16. Freie und Hansestadt Bremen 17./18. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 19. Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa 20. Landesamt für Soziales und Versorgung, Brandenburg 21. Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz 22. Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin 23. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 24. Staatskanzlei Schleswig-Holstein 25. Westfälische Wilhelms-Universität Münster 26. Hochschule Harz 	 <ol style="list-style-type: none"> 34. Kreis Lippe 35. Große Kreisstadt Kitzingen 36. Verbandsgemeinde Montabaur 	 <ol style="list-style-type: none"> 44. Stadt Bielefeld 45. Bundesstadt Bonn 46. Landeshauptstadt Wiesbaden 47. Landeshauptstadt Dresden 48. Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur 49. Landratsamt Würzburg 50. nPA-Modellregion NRW (14 Großstädte)
 <ol style="list-style-type: none"> 5. Umweltbundesamt 6. Bundesagentur für Arbeit 7. Paul-Ehrlich-Institut 8. Postbeamtenkrankenkasse 	 <ol style="list-style-type: none"> 27. Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 28. Zweckverband "Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern" 29. Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) 30. Bayerisches Staatsministerium der Finanzen 	 <ol style="list-style-type: none"> 37. Landkreis Hildesheim 38. Rhein-Erft-Kreis 	 <ol style="list-style-type: none"> 51. Stadt Darmstadt 52. Landeshauptstadt München

Abbildung 1 Übersicht der Kooperationspartner der E-Government-Initiative

2. Ausgangssituation und Zielsetzung der Abschlussdokumentation

Nach der Einführung des Personalausweises mit Online-Ausweisfunktion und der Verfügbarkeit von De-Mail plante die deutsche Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen rasch, diese neuen Instrumente für die Verwaltungsmodernisierung einzusetzen. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt noch wenige Informationen und viele Hürden für die konkrete Umsetzung in den Behörden vorhanden.

Neue politische Rahmenbedingungen haben zudem dazu beigetragen, dass Behörden verstärkt Anwendungen bereitstellen wollten. Mit dem am 1. August 2013 in Kraft getretenen E-Government-Gesetz des Bundes wurde § 3a Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes geändert. Dort wird u.a. die De-Mail mit der Versandart „absenderbestätigt“ und die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in Verbindung mit einem elektronischen Formular als Ersatz der Schriftform im Bundesrecht zugelassen. Für Bundesbehörden besteht die Verpflichtung, in Verwaltungsverfahren mit Identifizierungserfordernissen die Nutzung der Online-Ausweisfunktion anzubieten. Behörden der Länder und Kommunen, die Bundesrecht ausüben, können den Ersatz der Schriftform durch die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in ihre Verwaltungsverfahren integrieren. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, deutlich mehr Verwaltungsprozesse als bisher medienbruchfrei abzuwickeln.

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sowie die sich daraus ergebenden Maßnahmen der Digitalen Agenda haben die Online-Ausweisfunktion und De-Mail nochmals als wichtige Instrumente zur Anwendung in den Behörden bestätigt. Der steigende Bedarf an besseren und sicheren E-Government-Lösungen in Deutschland hat viele Länder bewegt, eigene E-Government-Gesetze zu erstellen und zentrale Infrastrukturen für die Online-Ausweisfunktion und De-Mail aufzubauen.

Das Bundesministerium des Innern leitete zur CeBIT im März 2012 eine Verwaltungsebenen-übergreifende E-Government-Initiative ein, die zur verstärkten und beispielgebenden Kompetenz-, Anwendungs- und Infrastrukturentwicklung für die Online-Ausweisfunktion und De-Mail in öffentlichen Dienstleistungen beitragen sollte. Die Beseitigung der Informationsdefizite war ein wichtiges Ziel. Des Weiteren sollten Behörden motiviert werden, neue Anwendungen zu realisieren. Die größere Anwendungsvielfalt sollte zur Modernisierung von Verwaltungsprozessen beitragen und – über die verbesserte Sichtbarkeit der Mehrwerte auf die Bürgerinnen und Bürger – zur Erhöhung der Einschaltquote der Online-Ausweisfunktion sowie der Verbreitung von De-Mail.

In Kapitel 3 dieser Abschlussdokumentation werden die Zielsetzungen der E-Government-Initiative vorgestellt. Kapitel 4 dokumentiert die Vorgehensweise bei der Auswahl der Kooperationspartner und Kapitel 5 gibt einen Überblick über die Umsetzung und die Ergebnisse, die im Anhang nochmals im Detail je Kooperationspartner dargestellt sind. Abschließend werden in Kapitel 6 die umfangreichen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der E-Government-Initiative zusammenfassend präsentiert.

3. Zielsetzung der E-Government-Initiative

Seit März 2012 unterstützte das Bundesministerium des Innern mit der E-Government-Initiative die Einführung von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion in Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Mit der E-Government-Initiative verfolgte das Bundesministerium des Innern die Ziele:



Die Entwicklung innovativer Musteranwendungen für den Einsatz von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion.



Die Bereitstellung von Fachinformationen und Darstellung von Mehrwerten beim Einsatz von De-Mail und Online-Ausweisfunktion, insb. durch den Aufbau und die Multiplikation von Wissen.



Die Förderung des Einsatzes der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises und De-Mail in der öffentlichen Verwaltung.



Die Ermittlung und der Abbau von Hürden in den Bereichen Recht, Technik und Organisation.



Die Erhöhung der eID-Einschaltquote in den Ausweisbehörden.



Die Unterstützung des Aufbaus zentraler eID und De-Mail Infrastrukturen in Bund und Ländern.

Abbildung 2: Ziele der E-Government-Initiative

Ziel 1: Die Entwicklung innovativer Musteranwendungen für den Einsatz von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion.

In der öffentlichen Verwaltung bestanden nach Einführung der Online-Ausweisfunktion und De-Mail Informationsdefizite, in welchen Einsatzszenarien die neuen Technologien eingebunden werden könnten und welchen konkreten Mehrwert dieser Einsatz sowohl für Behörden als auch für Bürgerinnen und Bürger bieten würde. Die Bereitstellung von Anwendungen erfolgte daher nur zögerlich.

An diesem Bedarf setzte die E-Government-Initiative an. So sollten die an der Initiative interessierten Behörden bei der Konzeption und Entwicklung von Musteranwendungen unterstützt werden, die ein hohes Nutzungspotenzial und eine hohe Multiplikatorwirkung für andere Behörden versprachen. Die im Rahmen der Initiative umgesetzten Musteranwendungen sollten als „Leuchttürme“ beispielgebend für die Implementierungen von De-Mail oder der Online-Ausweisfunktion sein und sich im besonderen Maße zur Nachnutzung für andere Behörden eignen.

Durch das hohe, mit konkreten Mehrwerten verbundene Nutzungspotenzial sollte zudem bei Bürgerinnen und Bürgern ein Anreiz geschaffen werden, die Online-Ausweisfunktion bei Erhalt des Personalausweises zu aktivieren.

Ziel 2: Die Bereitstellung von Fachinformationen und Darstellung von Mehrwerten beim Einsatz von De-Mail und Online-Ausweisfunktion insbesondere durch den Aufbau und die Multiplikation von Wissen.

Das Fehlen leicht zugänglicher, fundierter Fachinformationen zu rechtlichen, technischen und organisatorischen Implementierungsaspekten stellte eine Hürde bei der Einführung von De-Mail und Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in den Prozessen der Behörden dar.

Die im Rahmen der Initiative angebotenen Unterstützungsleistungen sollten nach dem „Einer-für-Alle“-Prinzip erfolgen. Teilnehmende Behörden sollten für die Durchführung von Einführungsprojekten bedarfsgerechte Beratungsleistungen erhalten, sofern sie sich verpflichteten, ihre Ergebnisse zu dokumentieren und anderen Behörden zur Verfügung zu stellen.

Die Initiative sollte somit umfangreiches Wissen aufbauen und multiplizieren und dabei die Mehrwerte des Einsatzes von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion in den Verwaltungsprozessen kommunizieren. Dies erfolgte insbesondere auf www.personalausweisportal.de und www.de-mail.de.

Ziel 3: Die Förderung des Einsatzes der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises und De-Mail in der öffentlichen Verwaltung.

Neben der Entwicklung von Musteranwendungen typischer Verwaltungsdienstleistungen in der öffentlichen Verwaltung sollten auch Körperschaften des öffentlichen Rechts bei der Bereitstellung attraktiver Anwendungen unterstützt werden. Daher sollten als potenzielle Kooperationspartner der E-Government-Initiative neben der Verwaltung des Bundes, der Länder und Kommunen auch öffentlich-rechtliche Banken, Krankenkassen und Universitäten als Körperschaften des öffentlichen Rechts zugelassen werden. Damit wurden auch innovative Verwaltungsdienstleistungen erschlossen.

Ziel 4: Die Ermittlung und der Abbau von Hürden in den Bereichen Recht, Technik und Organisation.

In der Konzeption von Anwendungen mit der Online-Ausweisfunktion und De-Mail zeigte sich, dass verschiedene rechtliche, technische und organisatorische Fragestellungen eine schnelle und einfache Umsetzung in den Behörden hemmten. Die E-Government-Initiative sollte daher die Kooperationspartner ebenso bei der Identifizierung und Beseitigung dieser Hürden unterstützen.

Ziel 5: Die Erhöhung der eID-Einschaltquote in den Ausweisbehörden.

Die Zahl der eingeschalteten Online-Ausweisfunktionen nimmt kontinuierlich zu. Von den ca. 30 Mio. ausgegebenen Personalausweisen haben mittlerweile ca. 9 Mio. eine eingeschaltete eID-Funktion.

Kommunen mit bereits bestehenden eID-Anwendungen erreichen dabei überdurchschnittlich hohe Einschaltquoten. Vor diesem Hintergrund sollte insbesondere die Entwicklung von Anwendungen mit möglichst hohen Nutzerzahlen und Mehrwerten unterstützt werden, um für Bürgerinnen und Bürger einen Anreiz zu schaffen, die Online-Ausweisfunktion ihres Personalausweises einzuschalten. Zudem sollte den Bürgerämtern umfangreiches Informationsmaterial für die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden.

Ziel 6: Die Unterstützung des Aufbaus zentraler eID- und De-Mail-Infrastrukturen in Bund und Ländern

Der Aufbau und Betrieb der technischen Infrastrukturen zur Nutzung der eID-Funktion und von De-Mail ist mit Kosten verbunden. Im Rahmen der Initiative sollte daher der Aufbau zentraler Infrastrukturen in den Ländern unterstützt werden. Durch die Bereitstellung einer zentralen Infrastruktur auf Landesebene, sparen die Kommunen eigene Aufwände und Investitionskosten in Aufbau und Betrieb eigener Infrastrukturen und können die Umsetzung von Anwendungen einfacher und schneller realisieren.

4. Vorgehensweise bei der Durchführung der Initiative

Die E-Government-Initiative startete im Frühjahr 2012. Aufgrund des großen Interesses der Verwaltung an den praxisnahen Informationen der Initiative und des hohen Bedarfs der Behörden an Unterstützung beim Abbau von rechtlichen, technischen und organisatorischen Hürden wurde die zunächst auf ein Jahr angelegte Laufzeit im Frühjahr 2013 bis Juni 2014 verlängert.



Abbildung 3: Zeitliche Umsetzung der E-Government-Initiative

Die Auswahl der Kooperationspartner der E-Government-Initiative erfolgte mit zwei Interessensbekundungsverfahren. Hier konnten Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts ihr Interesse an einer gemeinsamen Entwicklung von konkreten Anwendungen für De-Mail und Online-Ausweisfunktion bekunden. Nach Eingang der Interessensbekundungen wurden mit den Interessenten Gespräche geführt, in denen die Zielvorstellungen des BMI mit den Erwartungen der Interessenten abgeglichen und die Vorhaben konkretisiert wurden. Auf Basis der eingereichten Interessensbekundungen sowie der Ergebnisse der konkretisierenden Gespräche und eindeutig definierter Bewertungskriterien wurden seitens BMI die Kooperationspartner ausgewählt, die mit den im BMI vorhandenen Unterstützungsmitteln den größten Nutzen für die Initiative erwarten ließen.

Mit jeder ausgewählten Behörde bzw. Institution wurde eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, in der gemeinsam die Bestandteile des Vorhabens, dessen zeitliche Umsetzung, die zu erstellenden Ergebnisse und Meilensteine sowie der jeweilige Aufwand zur Umsetzung der Ergebnisse für jede einzelne Kooperation festgelegt wurden. Die Kooperationspartner erklärten sich zudem bereit, ihre Ergebnisse zu dokumentieren und anderen Behörden zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug unterstützte das BMI seine Kooperationspartner bei der Durchführung ihrer Einführungsprojekte mit bedarfsgerechten Beratungsleistungen, so u.a. im Projektmanagement, in der Konzeption der technischen Integration, in der Modellierung der Soll-Prozesse unter Integration der Online-Ausweisfunktion und De-Mail sowie in der Erstellung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und Kommunikationskonzepten zur Bewerbung der neuen Anwendungen bei den Bürgerinnen und Bürgern.

5. Umsetzung der Initiative

Die Kooperationspartner

Seit Beginn der E-Government-Initiative bekundeten Behörden aus Bund, Ländern und Kommunen für 110 Vorhaben ihr Interesse an einer gemeinsamen Entwicklung von Anwendungen für De-Mail und die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises. 52 dieser Behörden erhielten Unterstützungsleistungen des BMI für die Umsetzung von insgesamt 70 eID- und De-Mail-Vorhaben.

Die an der E-Government-Initiative teilnehmenden Kooperationspartner setzten sich zu 48 % aus der Kommunalverwaltung, 37 % aus Landesbehörden und 15 % aus Bundesbehörden zusammen.

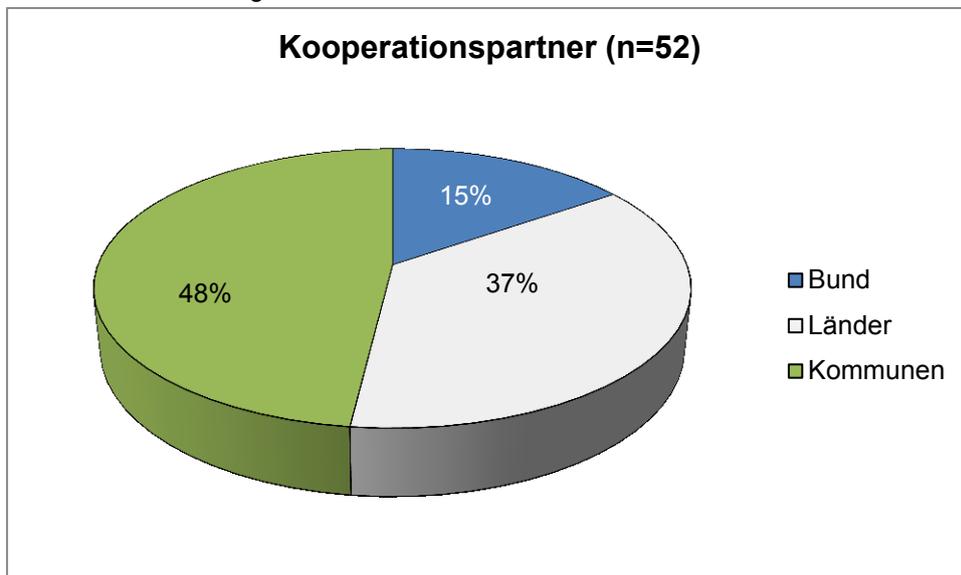


Abbildung 4: Kooperationspartner nach Verwaltungsebene

Die Unterstützungsleistung umfasste im Durchschnitt 15 Personentage je Behörde.

Insgesamt haben 26 von der Initiative unterstützte Behörden inzwischen den Online-Betrieb ihrer eID-Anwendung aufgenommen bzw. ihren Zugang für De-Mail eröffnet.

Da die im BMI vorhandenen Unterstützungsmittel nicht ausreichten, um allen 110 Interessenten Unterstützungsleistungen bereitzustellen, konnte bei 58 Interessensbekundungen dem Bedarf an aktiver Unterstützung nicht entsprochen werden. In diesen Fällen bot die Initiative Workshops zur Online-Ausweisfunktion sowie zu De-Mail an.

Die Ergebnisse der im Rahmen der Initiative unterstützten Behörden wurden dokumentiert und auf www.personalausweisportal.de oder www.de-mail.de bereitgestellt. Über 100 Ergebnisdokumente wurden erstellt und im Internet veröffentlicht. Dabei handelt es sich u.a. um Machbarkeitsstudien, Fachkonzepte, Prozessbeschreibungen, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und Kommunikations- und Akzeptanzkonzepte. Diese Ergebnisdokumente können von anderen Behörden für die Konzeption und Umsetzung eigener Vorhaben genutzt werden. Eine Übersicht derjenigen Kooperationspartner, die aktiv im Rahmen der E-Government-Initiative unterstützt wurden und deren Ergebnisse findet sich im Anhang dieser Abschlussdokumentation.

Die Unterstützungsleistungen des BMI wurden von den Kooperationspartnern als wertvoll empfunden. Insbesondere Antworten auf organisatorische und fachliche Fragestellungen erleichterten die Konzeption und Durchführung der Einführungsprojekte. Auch über den von der Initiative geförderten Erfahrungs- und Informationsaustausch äußerten sich die Kooperationspartner durchweg positiv.

Hürden, Mehrwerte, Nutzen

Im Rahmen der Konzeption und Umsetzung der Anwendungen zeigte sich, dass Hürden insbesondere in den folgenden Bereichen bestanden:

- **Prozesse:** Durch die teilweise hohe Komplexität von Verwaltungsprozessen konnte der konkrete Einsatz und Nutzen von eID und De-Mail nicht kurzfristig transparent gemacht werden. Hierzu waren neue Prozessbewertungen und -optimierungen nötig.
- **Technik:** Fragestellungen im Bereich Technik traten insbesondere bei der Nutzung der Client-Software für die Online-Ausweisfunktion auf sowie bei der Ausgestaltung der Schnittstellen zu Fachverfahren und verwaltungsinternen Portalen.
- **Recht:** In den meisten Fällen bezogen sich juristische Fragestellungen auf die Ausgestaltung der Inhalte des Antrages zur Erteilung eines eID-Berechtigungszerifikats. Zudem bestand Prüfungsbedarf bei der Auslegung gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel der Klärung von Schriftformerfordernissen oder der Anpassung einer gesetzlichen Regelung bzgl. der Zulässigkeit des Einsatzes der eID-Funktion anstelle der eigenhändigen Unterschrift. Besondere Fragestellungen ergaben sich auch bei der Beantragung von eID-Landeszertifikaten, die alle Landes- und Kommunalbehörden eines Landes befähigen sollten, ein einziges Berechtigungszerifikat in Anspruch nehmen zu können, anstatt jeweils eigene Zertifikate zu erwerben.
- **Information:** Unzureichende Informationen zeigte sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden bei der Umsetzung des Projektes sowie bei Bürgerinnen und Bürgern bei der Nutzung der eID- bzw. De-Mail-Technologie. Diese konnte auf die unzureichende Aufklärung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kooperationspartner sowie Bürgerinnen und Bürger über den Nutzen und die Notwendigkeit sicherer Kommunikationslösungen im elektronischen Geschäftsverkehr zurückgeführt werden.

Der Mehrwert und Nutzen der einzelnen Vorhaben stellte sich wie folgt dar:

- **Prozessoptimierung:** Mit der Online-Ausweisfunktion und De-Mail besteht die Möglichkeit, Verwaltungsprozesse zu optimieren. Der unmittelbare Nutzen für die Behörde zeigt sich z. B. in der Erhöhung der Verfahrenseffizienz als auch in einer Reduktion von Prozess- aber auch Sachkosten.
- **Verbesserung der Serviceleistungen:** Hierzu zählen u.a. die Reduzierung von Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vereinfachung von Antragsverfahren, die sich sowohl durch verbesserte Online-Antragsverfahren als auch durch neue Online-Verfahren bemerkbar machen kann.
- **Verbesserung der Datenqualität:** Durch Nutzung medienbruchfreier Anwendungen und eID-fähiger Formulare wird eine deutliche Verbesserung der Datenqualität eines Antragstellers erzielt.
- **Technische Umsetzung von eID- und De-Mail-Vorhaben unter Nutzung zentraler Infrastrukturen:** Der Aufbau von zentralen Infrastrukturen für die Nutzung der eID-Funktion und De-Mail erlaubt die einfachere und kostensparende Umsetzung neuer Anwendungen.

Kommunikation

Mit den Zielen, die Anzahl der Anwendungsmöglichkeiten und die Akzeptanz der neuen Technologien in der Bevölkerung zu steigern, adressierten die im Rahmen der E-Government-Initiative durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen drei Zielgruppen:

- Die Behörden von Bund, Ländern und Kommunen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie deren IT-Dienstleister sollten von dem Unterstützungsangebot und von den frei zugänglichen Ergebnisdokumenten erfahren.
- Die Entscheider und E-Government-Verantwortlichen in den Behörden sollten dazu angeregt werden, De-Mail und die Online-Ausweisfunktion für die Verbesserung ihrer Online-Bürgerdienste zu nutzen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Personalausweisbehörden sollten bei der Beratung der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich des Nutzens und der Nutzung der Online-Ausweisfunktion unterstützt werden und kompetent auf deren Fragen eingehen können.

Im Rahmen des begrenzten Budgets, das vorrangig den Kooperationsvorhaben zugutekommen sollte, fokussierten sich die Kommunikationsmaßnahmen auf folgende Arbeitsbereiche:

- Berichterstattung über die Inhalte und Ergebnisse der Initiative
BMI-eigene Online-Medien wurden intensiv für die Berichterstattung genutzt, d.h. die Webseiten www.bmi.bund.de, www.verwaltung-innovativ.de, www.cio.bund.de - hier insbesondere die Unterseite www.de-mail.de - und www.personalausweisportal.de sowie die Newsletter dieser Webseiten. Zudem wurden Artikel und Interviews in Fachmedien mit den Themenschwerpunkten „E-Government“, „Verwaltungsmodernisierung“ und „kommunale Bürgerdienste“ veröffentlicht. So berichtete z. B. die Fachzeitschrift eGovernment Computing anhand einer Serie von Namensartikeln kontinuierlich über die E-Government-Initiative. Die Presseaktivitäten der Kooperationspartner ergänzten diese Berichterstattung. So veröffentlichten sie eigene Pressemitteilungen, organisierten selbst Veranstaltungen und veranlassten zahlreiche Artikel in den lokalen und regionalen Medien.

Auf thematisch passenden Tagungen, Kongressen und Messen berichtete das Bundesinnenministerium über die Initiative. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Präsentationen stellten BMI und Kooperationspartner gemeinsam die Integration von eID-Funktion und De-Mail vor. Der Schwerpunkt lag hierbei stets auf den Mehrwerten der neuen Anwendungen und den praktischen Erfahrungen der Projektverantwortlichen.

Zu den Höhepunkten der Berichterstattung zählen die CeBIT 2013 und die CeBIT 2014. In beiden Jahren stellten mehrere Kooperationspartner der E-Government-Initiative ihre Vorhaben auf dem Messestand der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik vor. Diese Präsentationsplätze und Exponate zu neuen eID- und De-Mail-Anwendungen waren 2013 ebenso wie 2014 sehr gut besucht. Insbesondere hochrangige Vertreterinnen und Vertreter deutscher Landesregierungen und Großstädte informierten sich hier über Einsatzmöglichkeiten und Vorteile der Sicherheitsinfrastrukturen.

- Relaunch Personalausweisportal
 Das Personalausweisportal ist die umfangreichste Informationsquelle für alle Sachfragen rund um den Personalausweis. 2012 wurde es vollständig überarbeitet. Zum einen sollte das Auffinden von Informationen erleichtert werden, zum anderen sollten die verschiedenen Nutzergruppen gezielter und verständlicher adressiert werden. Mit dem Relaunch wurden drei Bereiche auf dem Portal geschaffen für „Bürgerinnen und Bürger“, „Wirtschaft“ und „Verwaltung“. In Letzterem befinden sich u.a. die ausführlichen Informationen zur E-Government-Initiative.



Abbildung 5: Die E-Government-Initiative auf www.personalausweisportal.de

- Bereitstellung praxisnaher Fachinformationen
 Ein Ziel der Initiative war die Bereitstellung praxisnaher Fachinformationen, die insbesondere Behörden darin unterstützen können, die Online-Ausweisfunktion und De-Mail in ihre E-Government-Dienste zu integrieren. Deshalb wurde im Bereich „Verwaltung“ auf dem Personalausweisportal eine Wissensbasis zur eID-Funktion eingerichtet. Die Wissensbasis zu De-Mail befindet sich auf www.de-mail.de. Auf diesen frei zugänglichen Internetseiten finden Interessierte umfassende Fachinformationen zu allen Kooperationsvorhaben, darunter die Ergebnisdokumente, z. B. Machbarkeitsstudien, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Fach- und Kommunikationskonzepte. Die Dokumente können heruntergeladen werden. Die Kontaktdaten der Projektverantwortlichen sind genannt, sodass Detailfragen rasch geklärt werden können.
- Erfahrungsaustausch und -vermittlung
 Im Rahmen der E-Government-Initiative hat das Bundesministerium des Innern ein lebendiges Netzwerk mit den beteiligten De-Mail und eID-Fachleuten aufgebaut. Hierzu trugen die zahlreichen gemeinsamen Vortragsforen ebenso bei wie ein Erfahrungsaustausch der E-Government-Initiative im Juni 2013 mit den Kooperationspartnern der ersten Phase in Berlin und sieben Regionalkonferenzen, die gemeinsam mit der VITAKO, der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, durchgeführt wurden.

Bei diesen jeweils eintägigen Veranstaltungen wurden erfolgreiche und praxiserprobte E-Government-Projekte aus den einzelnen Regionen vorgestellt, darunter stets mehrere Kooperationsvorhaben der Initiative. Vertreterinnen und Vertreter der jeweils zuständigen Ministerien, der kommunalen Spitzenverbände und der IT-Dienstleister erläuterten darüber hinaus, welche Planungen für Landesgesetze bestehen, welcher Regelungsbedarf aus Sicht der Kommunen und der IT-Dienstleister besteht und welche praktischen Konsequenzen sich aus den geplanten Ländergesetzen ergeben können. Die sieben Regionalkonferenzen waren mit über 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht.

- **Entwicklung neuer Informationsformate**
De-Mail und die Online-Ausweisfunktion sind neue Technologien. Die Bürgerinnen und Bürger benötigen daher anbieterneutrale Informationen über deren Vorteile und Anwendungsmöglichkeiten, ebenso über deren Handhabung. Diesen Informationsbedarf spüren insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Personalausweisbehörden, die viele Fragen gestellt bekommen, wenn der Personalausweis beantragt bzw. abgeholt wird. Zu ihrer Unterstützung hat das Bundesministerium des Innern neue Informationsformate entwickelt und bereitgestellt: analog und digital verwendbare Informationskarten mit Anwendungsbeispielen sowie Erklärungen zur Nutzung der eID-Funktion, eine neue Broschüre zur Online-Ausweisfunktion, zwei Plakate sowie zwei kurze Filme.

6. Erkenntnisse und Erfahrungen

Mit der Unterstützung des Aufbaus zentraler Infrastrukturen, der Entwicklung von Musteranwendungen und innovativer Einsatzszenarien und umfangreichen begleitenden Kommunikationsmaßnahmen hat die E-Government-Initiative dazu beigetragen, dass der Einsatz von De-Mail und Online-Ausweisfunktion zunehmend einfacher und deren Nutzen verständlicher geworden ist. Im Rahmen der Umsetzung der Initiative wurden die folgenden wesentlichen Erkenntnisse und Erfahrungen gewonnen und bereits während der Initiative in Lösungsansätzen verarbeitet.

Zentrale Infrastrukturen haben den Einsatz der Online-Ausweisfunktion und De-Mail in der Kommunalverwaltung erleichtert.

Seit Beginn der E-Government-Initiative wird der Aufbau zentraler Infrastrukturen auf Landesebene unterstützt. Die technische Umsetzung der eID-Funktion und der De-Mail ist für einzelne Behörden mit hohen Kosten und Aufwand verbunden. Insbesondere für kleinere Kommunen mit geringen personellen und finanziellen Kapazitäten stellen diese Investitionen in Aufbau und Betrieb einer technischen Infrastruktur zur Nutzung der eID-Funktion und von der De-Mail eine große Herausforderung dar.

Aus diesem Grund wurde im Rahmen der Initiative verstärkt die Bereitstellung zentraler Infrastrukturen unterstützt, die kostengünstig und einfach von Kommunen genutzt werden können. Mit Stand September 2014 werden den Kommunen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und in Berlin zentrale eID-Infrastrukturen zur Verfügung gestellt. In Brandenburg, Sachsen sowie Schleswig-Holstein befindet sich jeweils eine zentrale eID-Infrastruktur im Aufbau. Ein erstes zentrales De-Mail-Angebot ist in Niedersachsen bereits in Betrieb. In Bayern und Berlin werden derzeit zentrale De-Mail-Infrastrukturen vorbereitet.

Häufig erfolgt der Aufbau der zentralen Infrastruktur auf Landesebene aufgrund konkreter Nachfrage und des wachsenden Interesses der Kommunen, verstärkt Leistungen für Bürgerinnen und Bürger online bereit zu stellen. Darauf aufsetzend erfolgt die Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit einer oder mehreren Pilotkommunen.

Mit dem E-Government-Gesetz hat der Bund sich zudem zu einer Bereitstellung eines zentralen De-Mail Gateways und zentraler eID-Infrastrukturen verpflichtet, die zukünftig die Umsetzung von Anwendungen mit der Online-Ausweisfunktion und De-Mail erleichtern werden.

Mit dem E-Government-Gesetz des Bundes zeigt sich ein zunehmendes Interesse an eID und De-Mail auch in der Landes- und Kommunalverwaltung.

Mit dem E-Government-Gesetz des Bundes kann im Bundesrecht die Schriftform mit der eID und De-Mail ersetzt werden. Die Regelung zur Nutzung des Schriftformersatzes gilt auch für Behörden, die Landesrecht umsetzen, wenn die länderspezifischen Verwaltungsverfahrensgesetze diese Regelung im Sinne der Simultangesetzgebung vom Bund übernommen haben.

Die Signalwirkung des E-Government-Gesetzes des Bundes auf die Länder zur Umsetzung von De-Mail und eID-Anwendungen führte in der Folge zu fachlichen und technischen Fragestellungen in der weiteren Realisierung. Behörden der Länder und Kommunen erkannten, dass zeitnah richtungsweisende Änderungen in den landeseigenen Verwaltungsgesetzen notwendig sind, um den Ersatz der Schriftform im Landesrecht abbilden zu können. Mit Stand September 2014 wurden die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an das E-Government-Gesetz des Bundes angepasst. Somit ist dort auch im Landesrecht ein Schriftformersatz mit der Online-Ausweisfunktion und De-Mail mit der Versandart „absenderbestätigt“ möglich.

Darüber hinaus gibt die Technische Richtlinie (TR-03107) des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik zu elektronischen Identitäten und Vertrauensdiensten im E-Government Hilfestellungen, in welchen Prozessen die Online-Ausweisfunktion integriert werden kann. Zudem werden Verfahren für die Umsetzung des Schriftformersatzes vorgestellt.

Die Nutzung der eID-Funktion wurde für Bürgerinnen und Bürger einfacher.

Im Rahmen der Diskussion zu bestehenden Hürden bei der Nutzung der eID-Funktion wurde häufig auf notwendige Verbesserungen bei der Software zum Auslesen der Daten des Personalausweises hingewiesen. Um den Prozess der Nutzung der eID-Funktion grundlegend zu vereinfachen, wird derzeit ein neuer Software-Client (AusweisApp2) entwickelt. Die neue AusweisApp-Version wird die Nutzung der eID-Funktion deutlich vereinfachen. Die Software unterstützt alle gängigen Internetbrowser und soll Mitte 2015 auch für mobile Endgeräte verfügbar sein.

Die E-Government-Initiative hat gezeigt, dass der Einsatz der Online-Ausweisfunktion auch in neuen innovativen Anwendungsgebieten möglich ist.

Neben dem Einsatz der De-Mail und der eID-Funktion in klassischen Verwaltungsverfahren wurde ein Schwerpunkt auf die Entwicklung innovativer Anwendungsmöglichkeiten gelegt. Durch besondere Berücksichtigung dieses Kriteriums bei der Auswahl der Kooperationspartner konnten eID-Anwendungen umgesetzt werden, wie die „Einreichung von Petitionen im ePetition-Portal des Bundestags“, die „elektronische Antragstellung von Förderanträgen in der Investitionsbank Berlin“, das „Beschäftigten-Portal der Senatsverwaltung im Berliner Landesnetz“ oder die auf Kreise übertragbare „internetbasierte Fahrzeugzulassung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur“.

Die im Rahmen der E-Government-Initiative gewonnenen Erkenntnisse zu rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragestellungen helfen Behörden bei der Einführung von De-Mail und der Online-Ausweisfunktion in ihre Verwaltungsprozesse.

Im Rahmen der Unterstützungsleistungen wurden mit den Kooperationspartnern technische, organisatorische und rechtliche Hürden identifiziert und, sofern möglich, Lösungsansätze für die Fragestellungen erarbeitet, die die Konzeption und Durchführung der einzelnen Einführungsprojekte erleichterten.

Durch die anschließende Veröffentlichung von Informationen und Erfahrungen der Kooperationspartner auf Webseiten wird das gewonnene Wissen multipliziert, so dass fortan interessierte Behörden und Unternehmen von den Erfahrungen profitieren und die zur Verfügung gestellten Informationen für die Umsetzung eigener Vorhaben nutzen können.

Akzeptanzmaßnahmen und die Darstellung von Mehrwerten haben die Verbreitung von De-Mail und eID-Funktion befördert.

Der Einsatz der beiden neuen Technologien optimiert die Verfahrenseffizienz und reduziert die Verfahrenskosten. Zudem werden die Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger verbessert (z. B. durch Verringerung der Wartezeiten oder Vereinfachung der Antragsverfahren). Dadurch gewinnt die Behörde an Ansehen, zugleich steigt die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürger für die Sicherheitsinfrastrukturen.

7. Anhang: Die Kooperationen im Detail

Stand: 22.09.2014

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
Bund					
1	 BARMER GEK Krankenkasse	Einsatz der eID in digitale Geschäftsprozesse (Online-Geschäftsstelle/Versichertenportal, Versichertenterminals)	Anfang 2015	Konzept „Nutzung der eID in einer Online-Geschäftsstelle“	Das Konzept zur Nutzung der eID in einer Online-Geschäftsstelle hat zum Ziel, den Versicherten die Authentisierung mit der eID-Funktion anzubieten. Hierzu zählt u.a. der Antrag auf freiwillige Mitgliedschaft.
		Einsatz von De-Mail in digitalen Geschäftsprozessen (Online-Geschäftsstelle/Versichertenportal, Versichertenterminals)	Termin für Zugangseröffnung noch nicht festgelegt.	Dokument zum Einsatz von De-Mail in öffentlichen Vergaben	Das Dokument untersucht, ob und unter welchen Rahmenbedingungen De-Mail in elektronischen Ausschreibungsverfahren eingesetzt werden kann. Die Betrachtungen beziehen sich sowohl auf öffentliche Vergaben als auch auf Bekanntmachungs-/Beitrittsverträge nach § 127, Abs. 2/2a SGB V.
2	 Bundesagentur für Arbeit	Einführung von De-Mail in der Bundesagentur für Arbeit	Aufnahme Live-Betrieb erfolgt nach Inbetriebnahme De-Mail-Gateway	Fachkonzept Grundlagen Zugangseröffnung und Eingangskanal	Das Grundlagendokument beschreibt Voraussetzungen und Möglichkeiten der Zugangseröffnung der Bundesagentur und ihrer Kommunikationspartner für De-Mail. Darüber hinaus werden die Festlegung/Registrierung der relevanten De-Mail-Domains und die Gestaltung eines Vergabeverfahrens für De-Mail-Anbieter erläutert.
				Architekturskizzen / De-Mail-Lösungsansätze	Die Architekturskizzen beschreiben Lösungsansätze zur Integration von De-Mail in die Verwaltungsprozesse der Bundesagentur.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
				Ergebnispräsentation	Im Rahmen der Ergebnispräsentation des Projekts wurden die Ergebnisse der einzelnen Arbeitspakete (Zugangseröffnung, Eingangskanal, Musterprozesse, Auswirkungen auf Basisdienste, Offene-Punkte-Plan und Umsetzungsplan) zusammengefasst.
3	 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Zusammenarbeit mit dem Kraftfahrt-Bundesamt	Integration der eID in zentrale und dezentrale Portale als Zugang für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Bereich der Fahrzeugzulassung	01.01.2015	Prozessbeschreibung „Nutzung von Referenzdateien zur Erteilung einer Vollmacht / Vertretungsregelung mit dem Personal-ausweis“	Die Prozessbeschreibung erläutert die Nutzung von Referenzdateien zur Erteilung einer Vollmacht/ Vertretungsregelung mit dem Personalausweis mit Online-Ausweisfunktion und behandelt Fragestellungen bei der Durchführung von Zulassungsvorgängen mittels einer Bevollmächtigung durch natürliche und juristische Personen.
		Integration der De-Mail in zentrale und dezentrale Portale als Zugang für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Bereich der Fahrzeugzulassung	Die Umsetzung erfolgt durch die Zulassungsbehörden.	Prozessbeschreibung „Lösungsmöglichkeiten bei der Verwendung von De-Mail im Zusammenhang mit der Identifikation von EU-Bürgern.“	Die Prozessbeschreibung umfasst die Identifikationsmöglichkeit von natürlichen Personen (inkl. EU-Bürgern) mittels De-Mail, um die Durchführung von Zulassungsvorgängen in zentralen und dezentralen Portalen zu realisieren.
4	 Deutscher Bundestag	Integration der eID in das Petitionsportal ePET zum Einreichen von Petitionen, deren Strukturierung und Diskussion über das Internet	Bereits online	Fachliches Grobkonzept / fachliche Spezifikation (inkl. technische Dokumente und Erfahrungsbericht)	Das Grobkonzept beschreibt die Erweiterung des Petitionsportals ePET um die Online-Identifizierung des Personalausweises und des elektronischen Aufenthaltstitels. Diese dient der Unterstützung des Einreichungsprozesses der Petenten und der Unterstützung der internen Petitions- und Forenbearbeitung durch die Mitarbeiter im Sekretariat des Petitionsausschusses.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
				Wirtschaftlichkeitsbetrachtung	Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung untersucht die Wirtschaftlichkeit der Einbindung des Personalausweises und des elektronischen Aufenthaltstitels in das Petitionsportal. Dies erfolgt durch eine Analyse der qualitativ-strategischen Faktoren sowie der externen Effekte.
5	 Paul-Ehrlich-Institut	De-Mail-Einführung mit Anbindung an das interne E-Mailsystem und das Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem	Termin für Zugangs-eröffnung noch nicht festgelegt.	Machbarkeitsstudie und Fachkonzept	Das Fachkonzept beleuchtet alle fachlichen, rechtlichen sowie technischen Rahmenbedingungen für den Einsatz von De-Mail und spezifiziert die Anforderungen. Ferner werden Ist- und Sollanalyse für die Prozesse Chargenfreigabe und Änderungsanzeige bezüglich Posteingangs- und -ausgangsbearbeitung beschrieben.
6	 Postbeamten-krankenkasse	Einsatz von De-Mail bei der Kommunikation mit Versicherten und weiteren Unternehmen bei der Abrechnung von Leistungen der Krankenversicherungen, private Pflegepflichtversicherung und Beihilfe nach Bundesbeihilfeordnung	2. Halbjahr 2014	Fachkonzept mit Kommunikationskonzept	Das Fach- und Kommunikationskonzept umfasst fachlich-inhaltliche Aspekte einschl. Beschreibungen relevanter Prozesse, für die sich ein Einsatz von De-Mail anbietet. Darüber hinaus wird auf technische Aspekte eingegangen, die bei der Kommunikation mit De-Mail zu berücksichtigen sind. Ferner werden die Maßnahmen vorgestellt, mit der die Kommunikationsmöglichkeiten mit De-Mail beworben werden sollen.
7	 Umweltbundesamt	De-Mail-Integration in Herkunftsnachweisregister	De-Mail-Zugangs-eröffnung ist nicht erfolgt	Die Kooperation wurde vorzeitig beendet	Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ergab, dass der Einsatz von De-Mail im konkret betrachteten Szenario (Herkunftsnachweisregister) wirtschaftlich nicht sinnvoll ist.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
8	 Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	Authentifizierung und Anmeldung im Kundenportal der VBL	Bereits online	Präsentation „eID- und De-Mail-Integration bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder“	Präsentation zur Integration von eID-Funktionen und De-Mail in das Service-Portal der VBL.
		De-Mail-Anbindung an ein DMS, z. B. für den Versand von Versicherungsnachweisen	De-Mail-Zugang bereits eröffnet	Präsentation „eID- und De-Mail-Integration bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder“	Präsentation zur Integration von eID-Funktionen und De-Mail in das Service-Portal der VBL.
Baden-Württemberg					
9	 Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz , vertreten durch: Justizministerium Baden-Württemberg	Integration der eID bei der Registrierung im Identitätsmanagementsystem SAFE (Secure Access to Federated E-Justice/E-Government) für das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) und weitere Dienste	01.09.2014	Fachkonzept Anbindung der Online-Ausweisfunktion an SAFE	Das Fachkonzept beschreibt die Integration der eID-Funktion des Personalausweises in das SAFE-System. Die Integration umfasst die Komponenten „Ergänzung des eID-Provider-Dienstes um die Authentifizierungsmöglichkeit per eID-Funktion des Personalausweises“ und „Bereitstellung eines neuen (generischen) Registrierungsclients, der die Registrierung per Personalausweis für alle Anwendungen ermöglicht“.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
10	 Justizministerium Baden-Württemberg	Integration der eID, um im automatisierten Mahnverfahren Anträge stellen zu können	01.01.2016	Konzept zum Einsatz von eID und De-Mail im automatisierten gerichtlichen Mahnverfahren	Das Konzept beschreibt die Einführung der Online-Ausweisfunktion und von De-Mail im zivilprozessualen Mahnverfahren. Die Integration der Online-Ausweisfunktion in das Portal zur Antragstellung im automatisierten Mahnwesen wird anhand einer prototypischen Umsetzung, die auf der CeBIT 2014 präsentiert wurde, erläutert.
		Integration von De-Mail, um im automatisierten Mahnverfahren Anträge stellen zu können	Ende 2015	Konzept zum Einsatz von eID und De-Mail im automatisierten gerichtlichen Mahnverfahren	Zur Nutzung von De-Mail im automatisierten Mahnverfahren werden zunächst Grundlagen der De-Mail-Kommunikation erläutert. Darauf aufbauend werden drei Architekturansätze vorgestellt und hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile bewertet.
11	 Landeshauptstadt Stuttgart	Integration der eID in die Kooperationsplattform MeinService Stuttgart	Herbst 2014	Online-Ausweisfunktion und De-Mail - Kommunikations- und Akzeptanzkonzept	Ziel des Konzeptes ist es, am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart Wege aufzuzeigen, Vorgangsinformationen elektronisch vorteilhaft zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sowie Unternehmen und der Behörde zu verwenden, um so einen hohen Grad an Akzeptanz für E-Government und für die damit verbundenen Technologien (Online-Ausweisfunktion und De-Mail) herzustellen.
		Einführung von De-Mail in städtische E-Government-Prozesse	Ende 2014	Einführung von De-Mail in städtische E-Government-Prozesse	Um De-Mail zukünftig als zusätzlichen Kanal für die Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung mit der Landeshauptstadt Stuttgart anzubieten, wurde geprüft, ob eine Auswahl an Verfahren mit Hilfe von De-Mail online angeboten werden kann. Die Analyse dokumentiert die Ergebnisse der Prüfung der Landeshauptstadt Stuttgart zur Einführung von De-Mail in städtischen Verwaltungsprozessen.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
				Online-Ausweisfunktion und De-Mail - Kommunikations- und Akzeptanzkonzept	Ziel des Konzeptes ist es, am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart Wege aufzuzeigen, Vorgangsinformationen elektronisch vorteilhaft zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sowie Unternehmen und der Behörde auszutauschen, um so einen hohen Grad an Akzeptanz für E-Government und für die damit verbundenen Technologien (Online-Ausweisfunktion und De-Mail) herzustellen.
12	 Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	Integration der eID in die Online-Kfz-Zulassung	Bereits online	Projektbericht "Online-Zulassung"	Der Projektbericht beschreibt das Angebot und die Integration der eID in die Online-Kfz-Zulassung.
		Kommunikationsmaßnahmen zur De-Mail-Einführung	De-Mail-Zugang bereits eröffnet	Fachkonzept Kommunikation zur Einführung von De-Mail	Das Konzept stellt die Ziele, Zielgruppen und Kommunikationsmaßnahmen zur Einführung von De-Mail als (rechts)sicheres, zuverlässiges elektronisches Pendant zur herkömmlichen Schriftform sowie zur Erhöhung der Nutzerzahlen vor.
13	 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg	Elektronische BAföG-Antragsstellung mit eID	Ende des ersten Quartals 2015	Fachkonzept De-Mail / Online-Ausweisfunktion im BAföG-Verfahren	In dem Fachkonzept wird die Integration der eID und De-Mail in das elektronische BAföG-Verfahren untersucht. Die Nutzerinnen und Nutzer haben die Möglichkeit, sich sicher zu authentifizieren und BAföG-Leistungen zu beantragen.
		Elektronische BAföG-Antragsstellung mit De-Mail	Wintersemester 2014 / 2015	Fachkonzept De-Mail / Online-Ausweisfunktion im BAföG-Verfahren	In dem Fachkonzept wird die Integration der eID und De-Mail in das elektronische BAföG-Verfahren untersucht. Die Nutzerinnen und Nutzer haben die Möglichkeit, sich sicher zu authentifizieren und BAföG-Leistungen zu beantragen.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
14	 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg	Beantragung BAföG in Zusammenarbeit mit zwei Studentenwerken als Piloten für alle Studentenwerke in Baden-Württemberg (eID)	Ende des ersten Quartals 2015	Fachkonzept zur Nutzung der Online-Ausweisfunktion in Studentenwerken	Das Fachkonzept beschreibt die notwendigen Maßnahmen zur Einbindung der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises zur Nutzung im BAföG-Verfahren für Studentenwerke.
		Beantragung BAföG in Zusammenarbeit mit zwei Studentenwerken als Piloten für alle Studentenwerke in Baden-Württemberg (De-Mail)	Wintersemester 2014 / 2015	Handlungsanleitung Veraktung und beweiswerterhaltende Aufbewahrung	Die Handlungsanleitung benennt und beschreibt die organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen. Zudem werden mögliche organisatorische und technische Maßnahmen zur Veraktung und beweiswerterhaltenden Aufbewahrung von De-Mails erläutert.
15	 Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) - Länder: Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz	Veranstaltungen zum Nutzen der De-Mail in der MRN	Termin für De-Mail-Zugangseröffnung noch nicht festgelegt	Dokument zu der Veranstaltung sowie Projekt- und Umsetzungsplan	Das Ergebnisdokument umfasst den im Rahmen eines Workshops geführten Austausch zu den Einsatzpotentialen von De-Mail zwischen Verwaltung und Wirtschaft. Es beschreibt die im Rahmen einer De-Mail-Einführung auftretenden Herausforderungen am Beispiel der Metropolregion Rhein-Neckar und bietet Lösungsansätze für die Umsetzung. Zudem beinhaltet das Dokument einen konkreten Fahrplan mit definierten Arbeitspaketen für ein De-Mail-Projekt, mit Hilfe dessen dem Leser ein Umsetzungsplan für eigene De-Mail-Projekte an die Hand gegeben wird.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
Bayern					
16	 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	Bereitstellung zentraler Infrastrukturen für De-Mail im Freistaat Bayern	31.12.2014	Konzept Langzeit-speicherung	Der Freistaat Bayern plant den Aufbau eines zentralen De-Mail-Gateways zur sicheren elektronischen Kommunikation für die Staatliche Verwaltung. Um die elektronische Kommunikation langfristig nachweisen zu können, beschreibt das Konzept eine standardisierte Vorgehensweise zur Veraktung und Langzeitspeicherung von De-Mails. Dabei soll auf bestehenden Lösungen zur Veraktung und Langzeitspeicherung aufgebaut werden.
17	 Große Kreisstadt Kitzingen	eID-Integration in der Antragstellung und Vorgangsbearbeitung für Gewerbe An- und Abmeldung, Gaststättengenehmigungen, Fischereigenehmigungen	Bereits online	Akzeptanzkonzept	Ziel des Konzeptes ist es, die Akzeptanz der Mitarbeiter/innen der Behörde und der Bürger/innen gegenüber den E-Government-Technologien Online-Ausweisfunktion des Personalausweises und De-Mail zu erhöhen. Instrumente hierfür sind Schulungen, Sprechstunden und Informationsveranstaltungen zur sicheren Anwendung der neuen Technologien und den damit verbundenen Möglichkeiten und Vorteilen.
				Einführungskonzept „Vorgänge ändern und stornieren“	In diesem Konzept wird beschrieben, wie eine Bürgerin/ein Bürger den Stand eines laufenden Vorgangs online einsehen, Antragsdaten verändern und ergänzen oder den Antrag bei Bedarf stornieren kann.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.		Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
18		Landeshauptstadt München	Verfahrensübergreifender De-Mail-Einsatz	31.10.2014	Fachkonzept Sichere Kommunikation	Das Konzept beschreibt die Pilotphase der Landeshauptstadt München zur Erprobung der Möglichkeiten und Funktionen von De-Mail. Aus den Erfahrungen werden dann Anforderungen und Möglichkeiten für einen weitreichenden bis stadtweiten Einsatz von De-Mail abgeleitet.
19		Landeshauptstadt München	Einsatz eID im Projekt "E-/Open-Government der Landeshauptstadt München"	Bereits online	Einsatzkonzept für eID-fähige Verfahren	In dem Einsatzkonzept werden eID-fähige-Verfahren in der Landeshauptstadt München identifiziert und beschrieben. Zudem werden die organisatorischen, rechtlichen und technischen Anforderungen, die es bei der Umsetzung und Nutzung der eID-Verfahren zu beachten gilt, erläutert.
			Einsatz De-Mail im Projekt "E-/Open-Government der Landeshauptstadt München"	31.10.2014	Einsatzkonzept für De-Mail-fähige Verfahren	In dem Einsatzkonzept werden De-Mail-fähige-Verfahren in der Landeshauptstadt München unter Berücksichtigung des Einsatzes der virtuellen Poststelle identifiziert und beschrieben.
					Kommunikationskonzept E-/Open Government eID und De-Mail	Das Konzept stellt die Ziele, Zielgruppen und Kommunikationsmaßnahmen für die Ansprache der Zielgruppen zur Nutzung der eID-Services und von De-Mail vor.
20		Landkreis Ostallgäu	eID-Authentifizierung innerhalb der landkreisweiten Infrastruktur	Bereits online	Entscheidungshilfe Formular vs. Portallösung	Das Dokument bietet eine Entscheidungshilfe, ob elektronische Verwaltungsleistungen über ein Web-Portal oder über eine Formularlösung abgewickelt werden sollen. Es erläutert die Faktoren sowie Methodik zur Berechnung des wirtschaftlichen Nutzens. Zu diesem Dokument gehört eine Excel-Datei, mit der sich die Wirtschaftlichkeit der gewählten Lösung einfach berechnen lässt.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
				Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Formular vs. Portallösung	Das Dokument gehört zu der Entscheidungshilfe "Formular- vs. Portallösung" des Landkreises Ostallgäu und ermöglicht es, die Wirtschaftlichkeit einer gewählten IT-Lösung zu berechnen. Es ist an das auf www.cio.bund.de bereitgestellte WiBe Fachkonzept IT 4.1 der KBSt angelehnt.
		De-Mail-Versand von Bauantragsbescheiden	De-Mail-Zugang bereits eröffnet	Entscheidungshilfe Formular vs. Portallösung	Das Dokument bietet eine Entscheidungshilfe, ob elektronische Verwaltungsleistungen über ein Web-Portal oder über eine Formularlösung abgewickelt werden sollen. Es erläutert Faktoren und Methodik zur Berechnung des wirtschaftlichen Nutzens. Zu diesem Dokument gehört eine Excel-Datei, mit der sich die Wirtschaftlichkeit der gewählten Lösung einfach berechnen lässt.
21		Landkreis Weilheim-Schongau	Integration der eID im Landkreis-Portal	Ende 2014	Leitfaden zur Anbindung an die zentrale eID-Service-Plattform Digitales Bayern (Zum Abschluss der Kooperation waren noch Rahmenbedingungen für die finale Umsetzung des Dokumentes ungeklärt. Eine Veröffentlichung war bisher nicht möglich)

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis	
			Archivierung von De-Mails	De-Mail-Zugang bereits eröffnet	Konzept zur beweissicheren Aufbewahrung von De-Mails im Landkreis Weilheim-Schongau	Das Konzept beschreibt die notwendigen Komponenten und deren Funktionen sowie die Soll-Prozesse zur Veraktung und beweissicheren Aufbewahrung von De-Mails. Schwerpunkte bilden sowohl die technischen Funktionen und Abläufe als auch die bestehenden organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen.
22		Landratsamt Würzburg	Integration eID bei Meldepflichten im Gesundheitswesen	Bereits online	Konzept Anwendungsfälle	Das Konzept beschreibt weitere Anwendungsfelder für die Online-Ausweisfunktion, die im Formularsystem gewinnbringend umgesetzt werden können. Es wurden insgesamt 13 mögliche Anwendungsfälle untersucht und eine Empfehlung vorgenommen.
					Konzept Bürgerterminal	Konzept zur Umsetzung eines Bürgerterminals im Gesundheitsamt Würzburg, das Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bietet, sich mit der Online-Ausweisfunktion die benötigten Unterlagen zur Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz selbst zu erstellen.
					Datenverschlüsselungskonzept	Konzept zu einer personalisierten Ver- und Entschlüsselung von Daten mit der Online-Ausweisfunktion

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis	
Berlin						
23	 	Investitionsbank Berlin	Pilotierung einer elektronischen Antragstellung für Förderung und Kredite inkl. Authentifizierung und Legitimation per eID sowie elektronischer Weiterleitung der Daten mittels De-Mail	eID: 30.09.2014, De-Mail-Zugang bereits eröffnet	Lastenheft	Machbarkeitsprüfung Dokumentation der Prozessbausteine eID und De-Mail in den relevanten Prozess der IBB.
					Verfahrensspezifisches Sicherheitskonzept	Zielstellung des Sicherheitskonzeptes ist die Analyse der Gefährdungen und Risiken, die beim Einsatz der Informationstechnik entstehen sowie die Ableitung adäquater Sicherheitsmaßnahmen.
24	 	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin	eID- und De-Mail-Integration im Bereich Wahlmanagement	Ende 2015	Machbarkeitsanalyse für den Einsatz der Online-Ausweisfunktion und De-Mail im Bereich Wahlmanagement	Die Machbarkeitsanalyse prüft den Einsatz der eID und De-Mail in Wahlmanagement-Prozessen. Ziel ist die Optimierung der Arbeitsprozesse in den Wahlämtern der Berliner Bezirke. Dabei werden die rechtlichen und technischen Aspekte sowie der Nutzen für die Verwaltung und Bevölkerung der beiden Technologien auf einzelne Anwendungsgebiete, z. B. Volksentscheide, überprüft und anschließend eine Empfehlung über ihren Einsatz getroffen.
					Grobkonzeption Wahl- und Abstimmungsprozesse für den Einsatz der Online-Ausweisfunktion und De-Mail	Das Grobkonzept identifiziert und beschreibt die relevanten Prozesse für das Wahlmanagement unter Verwendung von De-Mail und/oder der Online-Ausweisfunktion.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
25	 Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin	Externer Zugriff mit der eID auf das Intranetportal für Beschäftigte der Senatsverwaltung im Berliner Landesnetz	01.11.2014	Fachkonzept „eID-Integration für das Beschäftigtenportal der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin“	Beschreibung des Prozesses zur Nutzung der eID als Zutrittsmedium für Inhalte in einem Landesnetz und Beschreibung der technischen Umsetzung zur Einbindung der eID-Funktion in die Portalsoftware des SenFin.
26	 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin	Bereitstellung De-Mail (Webbrowser, zentrales Gateway, Anbindung an Fachverfahren) für die Landesverwaltung	Eröffnung des De-Mail-Zugangs bis Ende 2014	Grobkonzept zum Einsatz von De-Mail im Rahmen der internet-basierten Fahrzeugzulassung (i-KfZ)	Kfz-Zulassungsbehörden sind aufgrund der zum 01.01.2015 in Kraft tretenden Änderungen der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) verpflichtet, auch mittels De-Mail zu kommunizieren. Das Grobkonzept zum Einsatz von De-Mail im Rahmen der Kfz-Außerbetriebssetzung beschreibt die Anbindung der Kfz-Zulassungsbehörde an das zentrale De-Mail-Gateway im IT-Dienstleistungszentrum Berlin, die grundlegenden Prozesse für Empfang und Versand von De-Mails durch die Zulassungsbehörde sowie die einzelnen Umsetzungsschritte.
				Einführungskonzept für De-Mail in der Berliner Verwaltung	Das De-Mail-Einführungskonzept für das Land Berlin versteht sich als praxisorientierte Anleitung zur De-Mail-Einführung unter den Rahmenbedingungen der Berliner Verwaltung. Dabei stehen die Aktivitäten der nutzenden Behörden im Mittelpunkt.
				Entscheidungsprozess zur Einsatznotwendigkeit von De-Mail in einer Behörde	Das Dokument beschreibt auf Grundlage verschiedener Entscheidungsstufen (Anwendbarkeit von Rechtsbereichen, Anwendung von Spezial-, Fach- und Verwaltungsrecht, Integrationsstufen für De-Mail und weiterer Gründe), weshalb De-Mail in einer Behörde eingeführt werden sollte.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis	
		Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin	Bereitstellung zentraler Infrastrukturen eID (temporäres und permanentes Bürgerkonto)	Bereits online	Leitfaden zur Anbindung eines eID-Basisdienstes	Der Fokus des Informationsleitfadens über das zentrale eID-Basisdienst-Angebot liegt auf dem eID-Basisdienst und darauf, wie Berliner Verwaltungen diesen Dienst nutzen können. Neben allgemeinen Informationen liefert der Leitfaden Informationen zum Ablauf des elektronischen Identitätsnachweises sowie eine Beschreibung des eID-Basisdienstes und eine Erläuterung zu dessen Nutzung.
					Fachkonzept	Das Fachkonzept prüft, inwieweit die eID-Funktion des Personalausweises unter Nutzung des eID-Basisdienstes des Landes Berlin bei der Online-Beantragung und — Bewilligung von Beihilfen eingesetzt werden kann. Dafür wird der heutige funktionale Antragsprozess analysiert und darauf aufbauend ein möglicher Sollprozess für das Szenario der vollständigen Online-Antragserfassung durch den Antragsteller entworfen. Der Fokus liegt dabei auf den Abläufen, die durch den Einsatz der eID-Funktion direkt beeinflusst werden.
Brandenburg						
27		Landesamt für Soziales und Versorgung, Brandenburg	Beantragung nach dem Schwerbehindertenrecht mit der eID	Es erfolgte kein Go-Live in der E-Government-Initiative 2012 / 2013	Machbarkeitsstudie	Die Machbarkeitsstudie bezieht sich auf rechtliche Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt vor Verabschiedung des E-Government-Gesetzes. Die Rechtslage hat sich mit der Verabschiedung des Gesetzes verändert, so dass es einer erneuten Bewertung zur Umsetzung des Prozesses bedarf. Somit wurde das Ergebnisdokument nicht veröffentlicht.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
28	 Ministerium des Innern des Landes Brandenburg	Aufbau zentraler eID-Infrastrukturen	30.09.2014	Konzept zur Bereitstellung einer zentralen eID-Infrastruktur	Im Konzept wird die Umsetzung der zentralen eID-Infrastruktur des Landes beschrieben. Diese beinhaltet organisatorische, rechtliche und technische Aspekte. Die Anbindung des Piloten erfolgt über das Landesamt für Soziales und Versorgung mit der Beantragung nach dem Schwerbehindertenrecht.
Bremen					
29	 Die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen	eID-Integration im Bürgerterminal	Bereits online	Vorstellung des Bürgerterminals	In Bremen wird ein Bürgerterminal zur Selbstbedienung in vielen öffentlichen Gebäuden aufgestellt, um Behördengänge und die oftmals damit verbundenen langen Wartezeiten zu vermeiden. Das Ergebnis enthält Informationen zur richtigen Nutzung des Bürgerterminals mit dem Personalausweis. Das Ergebnis enthält darüber hinaus Schulungsunterlagen zur richtigen Nutzung des Bürgerterminals und ein Handout für die Terminal-Betreuer/innen.
				Verfahrensdokumentation Bürgerterminal	Die Inhalte dieser Verfahrensdokumentation kann jede Behörde, die das Bürgerterminal einsetzt, in die Verfahrensmeldung gemäß ihrem jeweils gültigen Landesdatenschutzgesetzes übernehmen. Zusätzlich wird eine Ausfüllhilfe für die Verfahrensdokumentation angeboten.
				Sicherheitskonzept zum Bürgerterminal	Das Dokument beschreibt ein generisches Sicherheitskonzept für einen integrierbaren Komfortkartenleser in Selbstbedienungsmaschinen im Hinblick auf den Einsatz qualifizierter elektronischer Signaturen.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
				Ausfüllhilfen für die Verfahrensdokumentation	Die Datenschutzgesetze aller Bundesländer schreiben bei der Einführung neuer Verfahren die Durchführung technischer und organisatorischer Maßnahmen vor, mit denen der Schutz personenbezogener Daten gewährleistet wird. Dieses Dokument stellt Ausfüllhilfen für die Verfahrensdokumentation (bzw. das Verzeichnis) der Behörden bereit, die das Bürgerterminal als neues Verfahren einführen möchten.
				Schulungsunterlagen zum Bürgerterminal	In dem Benutzerhandbuch beschreibt die Freie Hansestadt Bremen die Grundfunktionalitäten und die Bedienung des Selbstbedienungsterminals für Bürgerinnen und Bürger.
				Handout für Terminalbetreuer/innen	Das Handout erläutert die Funktionen des Bürgerterminals und enthält eine Bedienungsanleitung für Terminalbetreuer/innen.
Hessen					
30		Landeshauptstadt Wiesbaden	Integration eID im Bürger-Service Portal am Beispiel des Verfahrens „Beantragung von Briefwahl-Unterlagen“	Bereits online	Prozessbeschreibung "Briefwahlunterlagen online bestellen"
					Der Personalausweis wird in Wiesbaden für die Anforderung von Briefwahlunterlagen eingesetzt. Die Prozessbeschreibung enthält eine Bestimmung der Rahmenbedingungen zur Einführung der neuen Prozesse sowie eine grafische und tabellarische Beschreibung des Soll-Prozesses.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
				Marketingkonzept	Ziel der Marketingstrategie ist es, die Politik, die Verwaltungsbeschäftigten und die Bürger/innen von der Notwendigkeit der Veränderungen und von den Vorteilen der Online-Ausweisfunktion zu überzeugen. Es werden Maßnahmen vorgestellt, die vom Bürgeramt Wiesbaden tatsächlich durchgeführt worden sind.
31	 Stadt Darmstadt	Einsatz von De-Mail in kommunalen Kommunikationsprozessen (Ordnungswidrigkeiten, Lichtbildübermittlung u.a.)	Termin für De-Mail-Zugangseröffnung noch nicht festgelegt	Business Case "De-Mail für Kommunen"	Der Business Case befasst sich mit Kosten-/Nutzenbetrachtungen der De-Mail-Einführung in Kommunen. Dabei werden kleine und mittlere (bis 100.00 Einwohner) sowie große Kommunen (mehr als 100.000 Einwohner) untersucht.
				Konzept "Lichtbildübertragung per De-Mail"	Das Konzept beschreibt die elektronische Übermittlung von Lichtbildern an Polizei- und Ordnungsbehörden, Konsulate und andere berechnigte Behörden per De-Mail.
				Grobkonzept zur Nutzung von De-Mail im Ordnungswidrigkeiten-Verfahren OWI	Das Grobkonzept beschreibt Grundlagen für die Anpassung des Fachverfahrens OWI (Ordnungswidrigkeiten) sowie des Gateways für die De-Mail-Nutzung (Versand und Empfang) und eröffnet damit Perspektiven zur Integration von De-Mail in weitere Fachverfahren bei der ekom21 unter Nutzung einer einheitliche Schnittstelle zum zentralen De-Mail-Gateway.
32	 Stadt Mörfelden-Walldorf	Integration der eID-Funktion in das kommunale Fallmanagement	Es erfolgte kein Go-Live in der E-Government-Initiative 2012 / 2013	Architekturkonzept	Das Architekturkonzept beschreibt die Integration der eID in das Fachverfahren der ekom21.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis	
Mecklenburg-Vorpommern						
33	 	Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern	Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln im Rahmen des Europäischen Sozialfonds aufbauend auf den EU-Vorgaben einer elektronischen Fördermittel-Abwicklung	De-Mail: Anfang 2015 eID: Es erfolgt zunächst die Integration von De-Mail, die Integration der eID wird gegenwärtig nicht weiter verfolgt.	Fachkonzept zu den Einsatzmöglichkeiten von De-Mail bzw. der Online-Ausweisfunktion (eID) im Rahmen der ESF-Förderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Es werden die relevanten Ist- und Soll-Prozesse beim Management von Fördermitteln und deren Abwicklung mit De-Mail und dem Personalausweis beschrieben und hinsichtlich deren Eignung bewertet. Zudem umfasst das Dokument eine Beschreibung der technischen Umsetzung in der Systemlandschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Es wird dargestellt, wie die Landschaft aktuell und zukünftig ausgestaltet werden soll.
34		Ministerium für Inneres und Sport	Prüfung der Verknüpfung von De-Mail mit dem Landes-DMS/VBS	Die Onlinestellung von De-Mail war kein Bestandteil der Kooperationsvereinbarung.	De-Mail–Namenskonzept M-V	Das De-Mail-Namenskonzept verfolgt das Ziel, ein einheitliches Auftreten der Behörden des Landes und der Kommunen sicherzustellen. Auf Basis des Namenskonzeptes sollen in den verschiedenen Zuständigkeiten jeweils eigene verbindliche Vorgaben zur Bildung der zukünftigen De-Mail-Adressen erstellt werden.
					Sollkonzept zur Veraktung und beweiswerterhaltenden Langzeitspeicherung von De-Mails in einem DMS/VBS	Das Sollkonzept zur Veraktung und Langzeitspeicherung von De-Mails in einem DMS/VBS beschreibt im Detail die Anforderungen, die organisatorischen Maßgaben und Regelungsbedarfe sowie die technische Lösung zur Veraktung und beweisicheren Langzeitspeicherung von De-Mails. Die gewählte Lösung baut auf vorhandenen Komponenten zur Vermarktung und beweisicheren Langzeitspeicherung auf und lässt sich in dieser Form als Standardvorgehen zur frühen beweisicheren Speicherung elektronischer Unterlagen auch auf andere Anwendungsfälle übertragen.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
35	 Zweckverband "Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern"	Bereitstellung eines zentralen mandantenfähigen Gateways inklusive zentraler Veraktung und beweiswerterhaltenden Langzeitspeicherung	31.12.2014	Umsetzungskonzept	Das Dokument beschreibt die Beschaffung und den Betrieb eines zentralen De-Mail-Gateways. Zudem werden die Veraktung eingehender De-Mails sowie anderer Dokumente, die auf den unterschiedlichsten elektronischen Kommunikationskanälen die Verwaltung erreichen, dargestellt. Es findet ebenfalls das ersetzende Scannen, schwerpunktmäßig im Bereich der Postbearbeitung, Beachtung.
Niedersachsen					
36	 Landkreis Hildesheim	Einsatz von De-Mail bei Akteneinsichten von Verkehrsordnungswidrigkeiten	Bereits online	Machbarkeitsstudie De-Mail bei Akteneinsicht von Verkehrsordnungswidrigkeiten im Landkreis Hildesheim	In der Machbarkeitsstudie werden die Einsatzmöglichkeiten von De-Mail bei der Akteneinsicht von Verkehrsordnungswidrigkeiten im Landkreis Hildesheim untersucht. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die Einführung von De-Mail machbar ist. Voraussetzung für einen komfortablen Einsatz ist allerdings eine geeignete De-Mail-Erweiterung für Novell GroupWise.
				Fachkonzept De-Mail bei Akteneinsicht von Verkehrsordnungswidrigkeiten im Landkreis Hildesheim	Das Konzept definiert die Anforderungen an die Einführung von De-Mail als Kommunikationsmittel in der Verwaltung des Landkreises Hildesheim. Am Beispiel der Stelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten (OWI) spezifiziert das Dokument die zusätzlichen Funktionen der bestehenden Systeme Novell GroupWise (E-Mail) und OS ECM (Dokumentenmanagement).

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
37	 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	eID-Integration im Bürgerkonto Niedersachsen als Shared-Service-Angebot	Bereits online	Akzeptanzkonzept	Das Dokument enthält zielgruppenspezifische Maßnahmen, um das Verständnis und die Akzeptanz der vom Land bereitgestellten E-Government-Infrastruktur zu erhöhen.
38	 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	Anbindung der Kommunen und Landesbehörden an das Bürgerkonto als zentral bereitgestellte eID-Infrastruktur des Landes	Bereits online	Konzeption für die Gewinnung der Kommunen	Das Konzept dient der Hilfestellung bei der Einführung einer eID-Landes-Infrastruktur, zeigt Hürden auf und schlägt Maßnahmen bei der Einführung einer Landes-eID-Infrastruktur vor.
Nordrhein-Westfalen					
39	 Bundesstadt Bonn	Integration eID in das Fachverfahren An-, Um- und Anmeldung eines Gewerbes	Bereits online	Machbarkeitsstudie: eID im Bürgerportal am Beispiel E-Gewerbe	Es wird gezeigt, wie die Online-Dienstleistungen Gewerbeanmeldung, -ummeldung und -abmeldung mit der eID-Funktion durchgeführt werden können. Gleichzeitig soll die Machbarkeitsstudie andere Kommunen bei der Integration der eID-Funktion in ihre Bürgerportale unterstützen. Dazu werden juristische, technische und finanzielle Rahmenbedingungen betrachtet und Anforderungen an die Umsetzung skizziert.
40	 Kreis Lippe	Integration eID im "Bürgerportal-Digital von A bis Z" am Beispiel Onlineservice Elternbeiträge	Bereits online	Architektur- und Fachkonzept für den eID-Prozess Elternbeiträge KiTa	In dem Konzept untersucht der Kreis Lippe die Integration des Personalausweises mit eID-Funktion in sein Bürgerportal am Beispiel der Prozesse "Registrierung am Bürgerportal" und "Anmeldung zur Selbsteinschätzung für Elternbeiträge". Dabei werden auch vor- und nachgelagerte Prozesse betrachtet und die Zielarchitektur skizziert.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
41	 <p>Landeshauptstadt Düsseldorf</p>	Integration der eID im Fachverfahren Gewerbeanzeige	Ende 2014	Fachkonzept und Prozessanalyse	Dieses Fachkonzept beschreibt die Integration der eID-Funktion in den Pilotprozess „Gewerbebeanmeldung“. Die Anforderungen des Fachkonzepts basieren auf einer Analyse der Antragsprozesse des Ordnungsamtes sowie des Amtes für Einwohnerwesen der Landeshauptstadt Düsseldorf.
		Einsatz von De-Mail für Ein- und Ausgangsprozesse, insbesondere zur Kommunikation mit kommunalen Mandatsträgern und zum Versand von Bescheiden	Termin für De-Mail-Zugangseröffnung noch nicht festgelegt.	Ergebnisbericht zur Einführung von De-Mail mittels Gateway inklusive Projekt- und Umsetzungsplan	Der Bericht beschreibt die einzelnen Phasen einer iterativen Anbindung an De-Mail (Rahmenbedingungen, Web-Zugriff, Kommunikation ohne/mit Zugangseröffnung, Einbindung Output-Management und weiterer Fachverfahren). Darüber hinaus werden die organisatorischen und technischen Herausforderungen bei der Einführung adressiert.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
42	 <p>nPA-Modellregion NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Köln, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Münster, Wuppertal Federführung: Münster</p>	Beispielhafte Entwicklung und Multiplikation neuer eID-Anwendungen im Rahmen eines Aufbaus einer Modellregion von 14 Großstädten in NRW	Teilweise bereits online	Aufnahme Ist-Zustand eID-Einsatz NRW	Ziel der Modellregion ist es, das Land NRW flächendeckend mit eID-Infrastrukturen und -Anwendungen auszustatten. Hierfür wurde in einem ersten Schritt der Ist-Zustand der 15 NRW-Großstädte aufgenommen, um die in den Großstädten bereits bestehenden eID-Anwendungen zu erfassen, eID-relevante Prozesse in der Verwaltung zu identifizieren und anschließend potenzielle zukünftige eID-Anwendungen zu definieren. Das Dokument beschreibt das Vorgehen bei der Ist-Aufnahme, die Ergebnisse sowie das Vorgehen bei der Identifikation potenzieller zukünftiger eID-Anwendungen.
				Sollkonzept eID NRW	Das Sollkonzept beschreibt die Vorgehensweise und die städteübergreifenden Maßnahmen zur Sicherstellung der landesweiten Verfügbarkeit von eID-Infrastrukturen und Anwendungslösungen. Anhand des Soll-Konzeptes werden zudem Anwendungen evaluiert, die im Zuge der Umsetzung des Konzeptes landesweit verfügbar und online gestellt werden sollen.
43	 <p>Rhein-Erft-Kreis</p>	Einsatz von De-Mail im Kfz-Wesen, z. B. für einen Ersatzführerschein (nach Verlust) oder Umtausch des Führerscheins (EU-Kartenführerschein)	De-Mail-Zugang bereits eröffnet	Fachkonzept Führerscheinstelle	Das Konzept beschreibt die Integration von De-Mail in die bereits bestehenden Online-Prozesse hinsichtlich Ersatzausstellung (bei Verlust) und Umtausch (alter Führerschein in EU-Karte) des Führerscheins.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
44	 Stadt Bielefeld	eID-Integration bei der Online-Beantragung von Wahlscheinen	Bereits online	Fachkonzept Online-Beantragung Wahlscheine	In dem Fachkonzept wird die eID-Integration bei der Online-Beantragung von Wahlscheinen untersucht. Betrachtet wurden die Funktionalität, Benutzeroberfläche, Sicherheitsrichtlinien und die Architektur der Onlinebeantragung. Die Nutzung soll später auf andere Anwendungsgebiete in der Stadt Bielefeld ausgeweitet werden.
45	 Stadt Düren	eID-Integration in das städtische Bürgerportal	Bereits online	Fachkonzept	Die Stadt Düren analysiert in diesem Fachkonzept zwei Pilotprozesse, bei denen die Identität der Bürger/innen aus gesetzlichen Gründen überprüft werden muss: die Anmeldung am Bürgerportal und die Ausstellung von Melde- und Aufenthaltsbescheinigungen.
				Einführungskonzept	Die Stadt Düren beschreibt in diesem Dokument die notwendigen Maßnahmen für die Integration der eID-Funktion in ihr Bürgerportal und bietet eine Checkliste für die eID-Unterstützung bestehender Prozesse.
		Integration von De-Mail in das städtische Bürgerportal	Termin für De-Mail-Zugangseröffnung noch nicht festgelegt.	Fachkonzept und Machbarkeitsstudie	Das Fachkonzept untersucht, mit welchen Maßnahmen sich die Stadt auf De-Mail vorbereiten sollte. Zudem wurden die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geprüft sowie der untersuchte Beispielprozess „Versand von Steuerbescheiden mittels De-Mail“ abgebildet.

Nr.		Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
46		Stadt Münster	Integration eID in ein Fachverfahren für ein übergreifendes Antragsmanagement	Bereits online	Generisches Konzept und Blaupause zur Umsetzung eines eID-Frameworks	In diesem Konzept wird beschrieben, wie öffentliche Verwaltungen zentrale, anwendungsübergreifende eID-Strukturen aufbauen und betreiben können, um unterschiedliche Rahmenbedingungen, auch landesübergreifend, zu integrieren. Dazu wird eine modulartige Architektur vorgestellt, die auf gemeinsamen Standards basiert.
			Integration De-Mail in ein Fachverfahren für ein übergreifendes Antragsmanagement	Termin für De-Mail-Zugangseröffnung noch nicht festgelegt	Integrationskonzept	Das Integrationskonzept beschreibt die Möglichkeiten einer Erweiterung des Antragsmanagements durch De-Mail. Hierfür wurde geprüft, wie die Nutzung von De-Mail als zusätzlicher Kommunikationskanal der Stadt Münster eine weitere wirtschaftlich attraktive Möglichkeit eröffnen könnte, im Wege des rechtssicheren elektronischen Mailverkehrs Effizienz- und Kosteneinsparungspotenziale zu nutzen.
47		Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Integration der eID in ein Terminal, der als einheitlicher Anlaufpunkt für Studierende dient, in dem Services von Universitäten und Kommunen integriert sind	Es erfolgt kein Live-Betrieb	Fachkonzept und Potenzialanalyse	Das Fachkonzept untersucht, ob und wie sich eine skizzierte, auf dem Personalausweis basierende lebenslange Anwendung im universitären Umfeld der WWU Münster realisieren lässt. Diese kam zu dem Ergebnis, dass keine Umsetzung erfolgt.
Rheinland-Pfalz						
		Verbandsgemeinde Montabaur	Integration der eID in ein temporäres Bürgerkonto	Bereits online	IT-Sicherheitskonzeption	Das Sicherheitskonzept beschreibt den Betrieb von Online-Bürgerdiensten in Rheinland-Pfalz nach Empfehlungen der IT-Grundschutz-Kataloge des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik.

E-Government-Initiative Personalausweis und De-Mail

Abschlussdokumentation



Nr.		Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
					OBD Ergänzende Sicherheitsanalyse	Das Dokument beinhaltet eine ergänzende Sicherheitsanalyse für die Online-Bürgerdienste in Rheinland-Pfalz, da für die Nutzung des PA im Rahmen des temporären Bürgerkontos der Schutzbedarf „hoch“ festgelegt wurde (Schutzziel Vertraulichkeit).
					OBD Schutzbedarfsanalyse nach BSI-Grundschatz	Das Dokument umfasst eine Schutzbedarfsanalyse nach BSI-Grundschatz für die Online-Bürgerdienste in Rheinland-Pfalz. Die drei Grundwerte der Informationssicherheit - Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit - werden anhand der sechs Schadenskategorien nach BSI bewertet.
					OBD Notfallmanagement	Das Dokument stellt den Prozess des Notfallmanagements für die Infrastruktur dar. Es beantwortet außerdem Fragen hinsichtlich der Verfügbarkeit der Infrastruktur und veranschaulicht insbesondere zeitkritische Aspekte. Darüber hinaus wird verdeutlicht, was ein Notfall im Gegensatz zu einem Ausfall ist.
					OBD Konzept Meldewesen - Prozesse	Das Konzept umfasst die Beschreibung der Prozesse beim Dienst Meldewesen sowie des Pass- und Personalausweiswesens. Ergänzend sind die Dokumente „Recht und Verträge“ und „Service Level Agreements (SLA)“ heranzuziehen.

Nr.	Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
Sachsen					
49	 Landes- hauptstadt Dresden	Integration der eID am Beispiel des Verfahrens "Beantragung Baumfällgenehmigung"	Bereits online	Fachkonzept zur Umsetzung und Bereitstellung von eID- Diensten (temporäres Bürgerkonto)	Die Landeshauptstadt Dresden hat am Beispiel der Baumfällgenehmigung ein Konzept zur Umsetzung von Online-Diensten mit der eID-Funktion erstellt. Dieses Konzept enthält u.a. Analysen zu den Ist- und Sollprozessen, zur technischen Infrastruktur, zum Datenschutz, zu Rollen und Rechten, zur Wirtschaftlichkeit, zum Betrieb und zum Test der Anwendung.
50	 Sächsisches Staatsminis- terium der Justiz für Europa	Einsatz der eID im Bürgerterminal	Mitte 2015	Fachkonzept Bürgerterminal	Das Fachkonzept beschreibt die Integration der eID-Funktion in das Bürgerterminal aus prozessualer Sicht. Es klärt offene Fragestellungen im Bereich der Soll- Architektur in Bezug auf die notwendigen Hardware- und Software-Komponenten für die Nutzung der eID. Des Weiteren werden die für den Einsatz der eID notwendigen Voraussetzungen (bspw. Zertifikate) und Aktivitäten (bspw. Projektplanung, Wissensaufbau, Test) beschrieben.
Sachsen-Anhalt					
51	 Hochschule Harz	Registrierung und Login für Studierenden-Dienste via eID	Bereits online	Anwendungskonzept am Beispiel Anmeldungen für Labor-Studien-leistungen (eTestate)	Der Einsatz der eID wird am Beispiel der Anmeldungen für Labor-Prüfungsleistungen dargestellt. Die Anwesenheit von Studierenden wird überprüft. Die Verwaltung und Einreichung von Testaten kann elektronisch und gesichert durchgeführt werden.

Nr.		Behörde	Vorhaben	Live-Betrieb	Ergebnis	Beschreibung Ergebnis
					Fachkonzept zur Integration des Personalausweises in die HIS-System-umgebung	Das Fachkonzept dient zur Integration der eID in die HIS-Systemumgebung. Es wird eine Beschreibung des Vorgehens und eine prozessunabhängige Definition der notwendigen Anpassungen vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Darstellung der neuen Abläufe fokussiert auf die ausgewählten eID-fähigen Prozesse. Zusätzlich werden Anpassungen/Schnittstellen grob beschrieben.
Schleswig-Holstein						
52		Staatskanzlei Schleswig-Holstein	Zentraler Registrierungsdienst für eID-fähige E-Government-Lösungen von Land und Kommunen inkl. Realisierung kommunaler Pilotanwendungen	01.01.2015	Projektbericht – Zentrale eID-Strukturen und eID-Prozesse für das Land Schleswig-Holstein	Die Projektbeschreibung umfasst die Identifikation und anschließende Beschreibung relevanter eID-Prozesse im Land Schleswig-Holstein. Zudem enthält die Projektbeschreibung eine Beschreibung der Anforderungen an die zentrale Infrastruktur und an die Fachverfahrenintegration. Damit die zentrale eID-Infrastruktur des Landes von den Kommunen angenommen und in Anspruch genommen wird, umfasst ein Kapitel die Kommunikation zur Bewerbung der zentralen Lösung.